

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 24. Februar 2022

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kilian Brandstätter,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung
betreffend Folgen von Long-COVID**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließungsantrag des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend Folgen von Long-COVID

Rund 170.000 Österreicher:innen leiden an Long-COVID. Unter dem Begriff Long-COVID werden alle Symptome zusammengefasst, die mehr als vier Wochen nach dem Beginn einer Erkrankung fortbestehen oder neu auftreten. Der Begriff Long-COVID umfasst sowohl die anhaltende Erkrankung, als auch das Post-COVID-Syndrom. Dies kann jeden treffen, sowohl junge, agile Personen, deren Erkrankung mild verlaufen ist, als auch Patient:innen mit schweren Verläufen.

Symptome einer Long-COVID Erkrankung sind sehr vielfältig, weswegen es für Ärzt:innen nicht immer leicht ist, diese Long-COVID zuzuordnen. Für die Betroffenen ist der Leidensdruck aber mitunter enorm und ein normaler Alltag ist oft für eine lange Zeit nicht möglich. Sehr häufig leiden Betroffene unter extremer Müdigkeit und Erschöpfung. Den Betroffenen fallen mitunter bereits leichte körperliche oder geistige Tätigkeiten sehr schwer. Dadurch wird das Arbeitsleben und auch das soziale Leben mitunter stark eingeschränkt. Aufgrund der Neuheit von Long-COVID können Ärzt:innen derzeit nicht abschätzen wie lange Betroffene unter den Langzeitfolgen einer COVID-Infektion leiden bzw. ob es zu bleibenden Schäden kommt.

Leider ist man in Österreich auf diese Langzeitkrankenstände und oft auch Arbeitsunfähigkeit wenig bis gar nicht vorbereitet. Einige Betroffene sind bereits vom Arbeitsweg dermaßen erschöpft, dass sie sich eigentlich hinlegen müssten. Viele Arbeitnehmer:innen versuchen trotzdem weiterzuarbeiten oder sich mit Homeoffice und Stundenreduktion über die Zeit mit Long-COVID zu retten, obwohl sie eigentlich gar nicht arbeitsfähig sind. Dies kann kein dauerhaftes Konzept sein, da hier allein die Arbeitnehmer:innen die Konsequenzen einer Long-COVID-Erkrankung zu tragen haben. Ein wichtiger Schritt wäre, Long-COVID als Berufserkrankung anzuerkennen. Die Anerkennung als Berufskrankheit hat für Betroffene den Vorteil, dass nicht nur Reha-Maßnahmen ergriffen, sondern auch eventuell notwendige Umschulungen ermöglicht werden oder bei verminderter Erwerbsfähigkeit eine Pension bezahlt wird. Da diese Anerkennung in Deutschland bereits erfolgt ist, sollte die Österreichische Bundesregierung sofort nachziehen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- therapeutische Angebote für die Betroffenen von Long-COVID zur Verfügung stellen;
- einen Long-COVID-Aktionsplan gemeinsam mit Experten aus allen relevanten Fachbereichen erarbeiten;
- finanzielle Mittel für eine interdisziplinäre Forschung zu Long-COVID zur Verfügung stellen;
- Long-COVID als Berufskrankheit anerkennen.